

Bezugspreis: Vierteljährlich 6,00 M., monatlich 2,00 M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 2,00 M., einjährig 20,00 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Morinplatz 15195-97

Mittwoch, den 1. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Morinplatz 11753-54

Der Eisenbahnerstreik beschlossen.

Verordnung des Reichspräsidenten. Verbot der Arbeitsniederlegung von Beamten der Reichsbahn.

Auf Grund des Art. 48, Abs. 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Reichsgebiet folgendes:

§ 1. Den Beamten der Reichsbahn ist ebenso wie allen übrigen Beamten nach dem geltenden Beamtenrecht die Einstellung oder Verweigerung der ihnen obliegenden Arbeit verboten. ...

§ 2. Wird durch eine unzulässige Einstellung oder Verweigerung der Arbeit der Betrieb der Reichsbahn ganz oder teilweise stillgelegt oder erschwert, so ist der Reichsverkehrsminister berechtigt, ...

§ 3. Beamte, Angestellte oder Arbeiter, die im Betriebe der Reichsbahn die Arbeit weiterführen oder Notstandsarbeiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstandsversorgung leisten, dürfen ...

§ 4. Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1922 in Kraft. Berlin, den 1. Februar 1922.

Der Reichspräsident. gez. Ebert. Der Reichskanzler. gez. Dr. Wirth. Der Reichsverkehrsminister. gez. Groener.

Ausführungsverordnung des Polizeipräsidenten.

WB. Berlin, den 1. Februar. In Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten, welche die Arbeitsniederlegung der Eisenbahnbeamten für verboten erklärt und die Aufforderung zum Streik unter Strafe stellt, hat der Polizeipräsident von Berlin folgende Maßnahmen angeordnet:

Alle zur Durchführung des Streiks bestimmten Gelder sind zu beschlagnahmen.

Die Drucklegung von Ausrufen, die Aufforderungen zum Streik enthalten, ist zu verhindern.

Aufseher zum Streik sind zu verhindern.

Personen, die zum Streik auffordern oder Sabotage verüben oder sich nach § 316 des StrGB. strafbar machen, sind festzunehmen.

§ 316 bedroht mit schwerer Gefängnis- und Geldstrafe die zur Leitung der Eisenbahnfahrten und zur Aufsicht über die Bahnen und den Beförderungsbetrieb angestellten Personen, wenn sie durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten einen Transport in Gefahr setzen.

Der Streikbeschluss.

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat nach überaus stürmischer Nachsitzung um 1/6 Uhr früh mit 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung den Streik beschlossen. Dieser Beschluss soll heute, nachts 12 Uhr, in die Tat umgesetzt werden. ...

Der Verlauf der Sitzung.

Die Reichsgewerkschaft ist offenbar der Meinung, daß sie ihren Streik am besten vorbereitet, wenn sie der Arbeiterpresse über den Verlauf ihrer Vorstandssitzung und über deren Ergebnis trotz wiederholter Anfragen keine Auskunft erteilt. ...

man dann um 1/6 Uhr morgens den Streik. Der eingesehte Aktionsausschuß tagte weiter, um alle Maßnahmen zu treffen, die zur Vorbereitung des Streiks notwendig sind.

Weitere Maßnahmen der Regierung.

Das Reichsverkehrsministerium hat sofort nach Eintreffen der offiziellen Meldung vom Streikbeschluss an alle Dienststellen Anweisung gegeben, die schon vor zwei Tagen ausgegebenen Verfügungen in Kraft treten zu lassen. ...

Gegen den Lokomotivführer Scharfschwert ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil er der Aufforderung, seinen Urlaub zu unterbrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen, mit der Begründung nicht Folge geleistet hat, daß er krank sei und seine Wohnung nicht verlassen könne. ...

Die Haltung des Beamtenbundes.

Der Deutsche Beamtenbund hat nach seinen gestrigen Besprechungen mit dem Finanzminister keine weiteren Schritte unternommen. Die Bundesleitung wird heute nachmittag erneut die Möglichkeit eines Einigungsversuches erörtern. ...

Kritische Lage in Sachsen.

Die Ortsgruppe Dresden der Reichsgewerkschaft teilt mit, daß ihre Haltung in der Streikfrage, zu der sie in einer Versammlung am 22. Januar Stellung genommen hat, unverändert sei. ...

In der gestrigen Vorbesprechung der Eisenbahngewerkschaft Leipzig erklärte diese, daß sie im Streikfalle sich zu den übrigen Gewerkschaften solidarisch verhalten würde. ...

Der Präsident der Eisenbahndirektion Dresden hat folgenden Aufruf erlassen: An alle Eisenbahner! Jeder Beamte, der sich an einem Streik beteiligt, verlegt seine Pflicht aufs schwerste und es wird das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet werden. ...

Württemberg verlangt Urabstimmung.

Stuttgart, 31. Januar. (WB). Die württembergischen Landesverbände des Verkehrspersonals haben sich in Vorstandssitzungen am Montag mit der durch das Ultimatum der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten geschaffenen Lage befaßt. ...

In Bayern zeigt sich zur Stunde keinerlei Reizung der Streikparole zu folgen.

Börsenängste.

An der heutigen Berliner Börse wurde im Hinblick auf den Eisenbahnstreik und den Rücktritt der Deutschen Volkspartei vom Steuerkompromiß die innere Lage sehr pessimistisch beurteilt. Man befürchtet eine neue Wera verschärfter sozialer Kämpfe. ...

Der Steuerblock aufgeflogen!

Kriegserklärung der Deutschen Volkspartei

Das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die „Zeit“, veröffentlicht unter der Überschrift: „Rathenau Außenminister — Ein Vorstoß des Reichskanzlers gegen die D. Vp.“ — folgende Kriegserklärung:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat gestern abend im Anschluß an die Plenarversammlung des Reichstags zu einer Sitzung zusammen. Die gestern erfolgte Befehung des Auswärtigen Amtes durch Dr. Rathenau wird in der Fraktion der Deutschen Volkspartei als ein beabsichtigter Vorstoß des Reichskanzlers gegen die von der Fraktion aufgestellten Voraussetzungen für die Zustimmung zum Steuerkompromiß angesehen.

Die im Austrage der Fraktion von Dr. Becker verschiedentlich abgegebenen Erklärungen hatten ausdrücklich gegen eine einseitige Befehung des Kabinetts Stellung genommen, da nach Ansicht der Fraktion die Befehung der einzelnen Ministerien nur im organischen Zusammenhang mit den von der Fraktion geforderten sachlichen und persönlichen Garantien für eine Gesundung der Reichsfinanzen erfolgen konnte. ...

Die Ernennung Rathenaus zum Außenminister ist nach den Verhandlungen von London und Cannes weiter nichts als eine Selbstverständlichkeit. Wir können uns darüber nähere Ausführungen sparen, indem wir uns auf das andere Organ der Deutschen Volkspartei, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, berufen, die schreibt:

Bei den wichtigsten Entscheidungen und Besprechungen der letzten Zeit ist Rathenau also maßgeblich beteiligt gewesen. Der Zustand, daß der mit der Leitung der Gesamtpolitik schon übermäßig belastete Reichskanzler das Auswärtige Amt nebenher mit verwaltete, war unhaltbar. Rathenaus Tätigkeit griff zudem in die Sphäre der auswärtigen Politik ein. ...

Durch die Mitteilung der „Zeit“ wird nun bestätigt, was gerüchtweise schon längst verlautete, daß nämlich die Deutsche Volkspartei die Berufung Rathenaus zu hintertreiben veruchte und daß sie sich zu diesem Zweck des Steuerkompromisses bediente. Zu den „sachlichen und persönlichen Garantien“, von denen sie die Bewilligung der Zwangsanleihe abhängig machte, gehörte u. a., daß die längst geplante Berufung Rathenaus zum Außenminister unterbleibe. ...

Nachdem sich nun herausgestellt hat, daß weder der Reichspräsident, noch der Reichskanzler noch auch die bisher an der Regierung beteiligten Parteien ihren verfassungsmäßigen Einfluß auf die Führung der verantwortlichen Reichsämter an die Leitung der Deutschen Volkspartei abtreten wollen, hat diese nunmehr beschlossen, vom Steuerkompromiß zurückzutreten.

Der Vorgang stellt so ziemlich das Tokkiste dar, was wir in der bisherigen kurzen Geschichte unseres parlamentarischen Systems erlebt haben. Die Deutsche Volkspartei hat sich unter dem Schein, sachliche Arbeit im Interesse des Volkes leisten zu wollen, an den Verhandlungen über das Finanzprogramm beteiligt. ...

Mit der Deutschen Volkspartei sind bei interfraktionellen Verhandlungen schon recht merkwürdige Erfahrungen gemacht worden. Aber der neueste Vorgang übertrifft alles bisher Erlebte um Kirchturmshöhe. Die Rot des Landes schreit zum Himmel, ein sichtbares Opfer des Besitzes zu seiner Vinderung wird verlangt. ...

ischen Volkspartei war nichts anderes als ein Schachzug in einem Spiel, dessen Zweck es war, einem mißliebigen Ministerkandidaten ein Bein zu stellen.

Die Gewissenlosigkeit, mit der dieser parteitaktische Knall-effekt in Szene gesetzt wurde, erscheint, vom außenpolitischen Standpunkt aus betrachtet, noch größer als vom innenpolitischen. Die Erklärung der Deutschen Volkspartei stellt das schärfste Mißtrauensvotum dar, das eine Partei einem Minister erteilen kann. Durch sie wird angekündigt, daß die auswärtige Politik der Regierung mit dem stärksten Widerstand dieser Partei zu rechnen haben wird. Von ihr hat also die Regierung auf ihrem schwierigen Wege nichts anderes zu erwarten, als Stöße in den Rücken. Die Volkspartei marschiert in Reich und Glied mit der anderen Patriotenpartei, der Deutschnationalen Partei, auf, deren Organ heute morgen in bezug auf Rathenau erklärt, selbst wohlgestimmte Ausländer könnten sich mit „listigen Juden, die jeden andern geschäftlich übers Ohr hauen wollten“, nicht verständigen.

In ihrer Methode, die Interessen des deutschen Volkes vor dem Ausland zu vertreten, stehen die beiden „Schwesterparteien“ jetzt ebenbürtig nebeneinander.

Werden die Demokraten, die der Deutschen Volkspartei bisher in geradezu unanständiger Weise nachgelaufen sind, nun endlich einmal ein wahres Wort gegen ihre Freunde von rechts riskieren? Werden sie am Ende wieder Mut zum Leben bekommen und sich ihr Recht auf Existenz gegen rechts zu erkämpfen versuchen? Jetzt wäre ihre Stunde gekommen, wenn sie die Uhr der Zeitgeschichte zu lesen verstünden!

Wenigstens gilt in anderem Sinne für die Unabhängigen. Sie sind vor die Frage gestellt, ob sie einer Regierung, die nur im Kampfe gegen die beiden Rechtsparteien leben kann, die nötige Unterstützung angedeihen lassen oder ob sie schließlich durch schwankendes und unschlüssiges Verhalten den Sieg jener reaktionären Intrigantenpolitik herbeiführen wollen, die sich soeben durch die überraschende Schwendung der Deutschen Volkspartei in der widerwärtigsten Weise entblößt hat.

### Französische Stimmen über Rathenau.

Paris, 1. Februar. (WZ.) Zur Ernennung Dr. Walter Rathenaus zum Außenminister schreibt „Duple“, Präsident Ebert habe dadurch, daß er das Portefeuille für auswärtige Angelegenheiten einem großindustriellen und volkswirtschaftlichen Fachmann übertragen habe, der sich in Wiesbaden, in London und in Cannes als ein sehr geschickter Unterhändler gezeigt habe, offiziell die Autorität bestätigt, die jener schon ausgeübt habe.

„Echo de Paris“ sagt, Rathenau bestrebe sich, die Politik zu vertiefen, die das Ministerium Wirth seit Mai 1921 betriebe und die allmählich die Alliierten dahin geführt habe, ihre Strenge gegenüber Deutschland zu mildern und eine Politik anzunehmen, die keine Sanktionen nach sich ziehe. Wenn der gute Wille sich in Deutschland wahrhaft zeige, werde Frankreich ihn mit allen seinen Kräften unterstützen, aber die Geschichte des letzten Jahres habe bewiesen, daß Frankreich nur mit Tatsachen rechnen müsse und sich nicht mit Worten abfinden lassen dürfe.

Auch das „Petit Journal“ begrüßt in Rathenau einen Mann guten Willens. Die Wahl, die getroffen worden sei in einem schwierigen Augenblick, beweise, daß man auf einen ersten Posten einen geschäftserfahrenen Mann mit Sinn für Realitäten berufen müsse, um die politischen Handlungen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Augenblicks unterzuordnen.

### Exkaiser und Kronprinz.

Das „Börseblatt für den deutschen Buchhandel“, das aus Gründen angeblich „politischer Neutralität“ Anzeigen sozialistischer Schriften ablehnt, dagegen ohne Bedenken gehobene Karikaturen auf den Reichspräsidenten Ebert bringt, erschien im Januar 1922 mit dem seitengroßen Porträt Wilhelms des Ehemaligen auf der Umschlagseite. Dieses Porträt wird von einem Berliner Verlag in Massenaussage mit einer faktillustrierten Unterchrift des

Dargestellten verbreitet, die lautet: „Deutschlands Schuld am Weltkriege ist eine freche Lüge!“ Unter diesem jämmerlich falschen Deutsch prangt die Unterschrift Wilhelm I. R. (was bedeutet Imperator Reg — Kaiser und König).

Gegenüber diesem provozierenden Auftreten des Vaters versucht es der Sohn auf andere Weise. Der „Tag“ bringt einen Artikel des Kronprinzen an seinen ehemaligen Universitätslehrer, Professor Jörn. In dem Schreiben heißt es:

„Die Frage „Republik oder Monarchie?“ darf auch meiner Ansicht nach in der letzten Zeit schwerster vaterländischer Not überhaupt keine Rolle spielen. Wie Sie wissen, habe ich stets auf dem Standpunkt gestanden, daß der Monarch des Volkes wegen da ist, und nicht das Volk des Monarchen wegen. Nach dem furchtbaren Zusammenbruch im Jahre 1918, dessen Folgen sich immer drückender fühlbar machen, hat sich die vom deutschen Volk gewählte Nationalversammlung durch Mehrheitsbeschluß zur republikanischen Staatsform bekannt. Die Weimarer Verfassung ist — trotz allem, was man an ihr aussetzen mag — damit eine Tatsache.“

Der Brief bewegt sich dann weiter in dem Gedankengang, daß, wenn auch sein Schreiber persönlich die Monarchie für besser hält, dieses jetzt nicht in Betracht komme, weil heute nur eine Verfassung möglich ist, die von der Mehrheit des Volkes gebilligt und insbesondere auch „von dem Vertrauen der Arbeitermehrheit mitgetragen“ wird. — Man kann in dieser Stellungnahme nur ein sehr deutliches Abbrücken des Sohnes von dem sich noch immer munter „Imperator Rex“ unterzeichnenden Vater erblicken.

In seinem Brief an Professor Jörn bestätigt der ehemalige Kronprinz nochmals, daß er bereits nach der Warneschlacht 1914 an den restlosen Sieg nicht mehr geglaubt und deshalb alle Friedensmöglichkeiten unterstützt habe. Weiter schreibt er:

„Noch im Sommer 1917 bot sich meines Erachtens die Möglichkeit für Deutschland, leidlich aus dem Krieg herauszukommen. . . Nicht irgendeine Einzelercheinung, sondern die Summe vieler Fehler in Verbindung mit der das deutsche Volk immer mehr zermürbenden Hungerblockade und unserer operativ allerdings höchst schwierig gewordenen Lage führten die Katastrophe herbei. Ob deren ganze Auswirkung unabwendbar war, lasse ich dahingestellt. Man täte aber besser, wenn man die Frage nach den Schuldigen oder Mitschuldigen endlich verflammen ließe. Das ständige Aufwerfen dieser Frage in parteipolitischem Sinne hindert uns nur an der Erfüllung der wichtigsten Aufgabe: dem Wiederaufbau.“

Den Dolchstoßlegenden wird das alles sehr bitter sein. Freilich verfolgt der ehemalige Kronprinz mit dem Bekenntnis seiner Ansichten einen deutlich sichtbaren Zweck: Er will, wie er gegen Schluß des Briefes ausführlich darlegt, seine Wiederkehr nach Deutschland ermöglichen. Wenn er seine Trennung von Frau und Kinder beklagt, so ist das menschlich voll auf zu verstehen. Es müßte aber wohl möglich sein, ihm ein Zusammenleben mit diesen auch in Holland zu ermöglichen. Er sollte sich zu diesem Zweck nicht sowohl an das deutsche Volk als an seinen Vater wenden, der ja für sich und seine Bedürfnisse einen ansehnlichen Herrschaft hat kaufen können. Politische Fragen können jedenfalls nicht durch sentimentale Familienerwägungen gelöst werden.

### Die Aktiengesellschaften des Reiches.

Im Hauptausschuß des Reichstags wurden am Mittwoch der Haushalt des Reichshauptministeriums beraten. Auf eine Anfrage des Abg. Hoch (Soz.), inwieweit das Reich an industriellen Unternehmungen beteiligt sei, erwidert ein Regierungsvortrager, das Reich habe die sämtlichen bisher für unmittelbare Rechnung des Reichs betriebenen reichseigenen Unternehmungen in Aktiengesellschaften umgewandelt. Bei diesen Gesellschaften besitzt das Reich sämtliche Aktien. Im übrigen ist das Reich entweder mit mehr als der Hälfte des Kapitals oder je nach der historischen Entwicklung mit geringeren Beträgen beteiligt. Den hier ausgesprochenen Wünschen nach jährlicher Vorlegung einer Denkschrift über den Bestand der industriellen Unternehmungen, an denen das Reich beteiligt ist, stellte der Reichshauptminister Erfüllung in Aussicht.

freiere Bewegung aus ganz äußerlichen Gesichtspunkten. Und schlimmer: Intrigen vergiften unser Vertrauen, politische Spannung füllt die Luft im Lehrzimmer mit Epistolisten, ein aufreibender Kleinriegel mit tausend Widerwärtigkeiten bindet unsere Kräfte.

Und draußen stehen meine Jungen und warten auf mich!

Warum schafft ihr uns keine Gemeinschaftsschule? Soll unser Beruf handwerk bleiben und nie werden, was wir ersehnen: Dienst an der Jugend?

Und dann auf Fahrt! Da löst sich gar bald der steilgeordnete Zug — Gruppen bilden sich, Kämpfe entbrennen; ein Hemmerlucht urteilt über Verräter, die die Klassenmehrheit verkehren; ein Feuer am Eisrand des Waldes. Da plötzlich taucht eine alte Kirche auf, ansehnlich, viel zu wichtig für das kleine Nest. Wir müssen hinein. Ungeachtete Schätze birgt sie. Hier lernen die Jungen in einer kurzen Stunde mehr Bau- und Kunstgeschichte als drinnen in der Schule in einem Monat; denn dies hier geschieht aus eigenem Willen heraus. Doch unser Verbleiben hier bei freier Luft, ist notwendig; die Steifheit des „Dienstes“ löst sich; Wir sind jetzt eine Gesellschaft zur Erforschung der Welt.

„Lehrstube.“ Zu unserem Aufsatz vom 24. v. M. teilt uns der Leiter der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Prof. Lampe, mit, daß mit der in dem Aufsatz genannten „staatlichen Bildstelle“ nicht die staatliche Bildstelle am Schinkelplatz gemeint sei, sondern die Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht — also eine andere „staatliche“ Bildstelle. Prof. Lampe schreibt uns weiter, daß der beanstandete Tierfilm schon zahlreiche „unbeanstandete“ Aufführungen erlebt habe (was man im Interesse der Jugend nur bedauern kann). Er weist ferner darauf hin, daß zu dem Film ein Begleitvortrag gehalten werde (bei der unserer Schilderung zugrunde liegenden Vorführung geschah dies nicht), der „mildernd einwirken“ solle. Wohl! Man hätte es für nötig, diesem „unbeanstandeten“ Film einen „mildernden“ Begleitvortrag beizugeben, der die Teilnahme der Kinder von dem hingehauchten Tier auf die Landschaft hinführen soll! Abersehen davon, daß dies Bemühen einen schlechten Pädagogen und Hochscholaren verrät, bieten zudem die landschaftlichen Hintergründe der Szenen so wenig Charakteristisches, daß es sich z. B. nicht lohnen würde, den Film aus geographischem Interesse zu besichtigen. Geradezu porobog wirkt die Forderung, der Vortragende müsse dauernd auf Tier- und fernere u. a. auf den „Nahrungsbedarf“ für die ewig hungrigen Regier- usw. Glaubt man im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht wirklich, daß man, um Tierkühn zu pfeifen und das Nahrungsbedürfnis der Regier deutlich zu machen, solche Bilder Kindern vorführen muß? — Doch dieser Film von Jourdons vielen „Eingeweichten“ und „Sachverständigen“ für einwandfrei befunden wurde, bezeugt nichts oder nur soviel, daß diese „Sachverständigen“ eben nicht ganz im Bilde über die Aufgaben des Lehrfilms und über den Wert vorgeführter Filme waren. Der größte Teil der Lehrerschaft nimmt nicht Gelegenheit, sein Mißfallen öffentlich zu äußern, sondern läßt es mit einer Kritik im engeren Kreise bewenden. So erklärt es

### Die bayerischen Hochverräter.

#### Die Deutschnationalen im Kampf mit der Wahrheit.

In unserer Montag-Nachmittagsausgabe berichteten wir über die Enthüllungen des deutschnationalen Schriftstellers August Abel, die in das reichsverräterische Treiben der bayerischen Orgelstreife hineinleuchteten. Diese Dinge wurden auch vom Genossen Schiedemann in seiner Staatsrede zur Sprache gebracht. Dabei fielen von der Rechten höhnliche Zwischenrufe. Zu dieser Angelegenheit schreibt uns nun Herr August Abel selbst:

Aus dem Berichte des „Vorwärts“ über die Staatsdebatte im Reichstage ersehe ich, daß der Abgeordnete Helfferich bei Ermahnung meines Namens durch den Abg. Scheidemann den Zwischenruf gemacht hat: „Wer ist Abel!“

Herr Helfferich kennt die Rednerabteilung seiner Partei sehr schlecht, sonst wüßte er, daß ich für die Partei hundert und mehrmale gesprochen habe, ja, daß ich an einigen Plätzen allein den Wahlkampf für die Partei geführt habe. Wir haben für unsere Partei keinen weiteren Vortrag angelehrt, weil wir übereinstimmend der Ansicht sind, daß die Höhe Ihres Vortrages nicht mehr überboten werden kann.“ So schreibt der Vorsitzende der Dnt. Sp. einer mitteldeutschen Stadt. Ich könnte Herrn Helfferich mit einer ganzen Mappe solcher Anerkennungs-schreiben seiner Partei dienen. Hätte Herr Helfferich sich bei seinen Kollegen erkundigt, so hätte er erfahren, daß ich verschiedene Male mit diesen zusammen geredet habe. Daß deutschnationale Landesverbände mich als ersten Kandidaten für die Breitenwahl ausstellten, weiß Herr Helfferich anscheinend auch nicht. Das Erstaunlichste aber ist, daß Herr Helfferich sich nicht mehr erinnert, mit mir verschiedene Telefongespräche geführt zu haben und zwar zur Zeit, als ich noch bei der „Deutschen Zeitung“ verantwortlich Redakteur für auswärtige Politik war. Ich führte diese Telefongespräche für den zufällig abwesenden Dr. Bueck, den verantwortlichen Leiter für innere Politik bei der „Deutschen Zeitung“. Es handelte sich um das „Erzberger-Material“, Herr Dr. Helfferich, daselbst Material, das durch Vertrauensbruch in die Hände Ihres Freundes Bueck geraten war! Ich kann mir aber wohl vorstellen, daß Herr Helfferich diese Episode gern aus seinem Gedächtnis streichen möchte. . . .

Nach den Berichten der Presse hat die Rechte bei der Ermahnung der von mir in der „Welt am Montag“ veröffentlichten Berichte gelacht. Daran tut sie unrecht, denn diese Berichte sind echt und wahr und diese Echtheit und Wahrheit wurde kurz vor Erscheinen des Artikels in der „Welt am Montag“ von mehreren Abgeordneten der Rechten und von dem Vertreter einer rechtslebenden Zeitung ausdrücklich zugegeben. Man beschwor mich aber, diese Dinge nicht zu veröffentlichen, weil die innen- und außenpolitische Wirkung nicht abzusehen wäre. Es ist auch ein Abgeordneter der Rechten gewesen, der das Erscheinen des Materials dadurch verhindern wollte, daß er an den Verleger der nationalen Zeitung, der ich das Material zuerst kostenlos anbot, vor 10 Tagen telegraphierte: „Artikel darf unter keinen Umständen veröffentlicht werden, bevor nicht Unterredung I. (der Name des Verlegers), Abel, Esche und Rupp stattgefunden hat.“ (Mit Esche und Rupp sind Escherich und Rupprecht gemeint). Es sind auch Abgeordnete der Rechten nach München gefahren und haben mir nachher sagen lassen, es stimmte alles, die schlimmsten Befürchtungen seien übertrieben, man werde aber versuchen, die Differenz beizulegen.

Der Zweck der Veröffentlichung des Materials war nicht, jemandem etwas am Zeuge zu sitzen, sondern den bayerischen Puff abzuwenden, der in Vorbereitung ist. Ein Reichstagsabgeordneter der Rechten hat mir am 18. v. M. erklärt, er wüßte auch, daß man in Bayern in diesem Frühjahr los schlagen wolle.

Warum also lachen! Die Sache ist todernst und mit Lachen und Diskreditierung nicht aus der Welt zu schaffen.

Die „Volksgerichte“ bleiben. Der Hauptausschuß des bayerischen Landtages lehnte am Dienstag einen Antrag der UEB. auf sofortige Aufhebung der bayerischen Volksgerichte (bekanntlich alles andere als Volksgerichte), Nachprüfung aller Volksgerichtsurteile und Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens ab.

sch, daß der Film so zahlreiche „unbeanstandete“ Vorführungen erleben konnte. Unserem Mitarbeiter gegenüber äußerten nicht nur Lehrer, sondern auch die meisten Kinder ihren Abscheu über das in dem afrikanischen Tierfilm Gebotene.

Deutschnationales Schach. In der „Deutschen Zeitung“ Nest man die erschütternde Mitteilung, daß neun Schachvereine in kleinen Städten der West-Brandenburg sich auf deutschnationaler Grundlage zu einem Märkischen Schachbunde zusammengeschlossen haben. Zweck des Bundes ist: 1. Bekämpfung des jüdischen Schachspiels. Wollen nun diese Schachvereine das Schachspiel überhaupt als etwas Jüdisches bekämpfen? Oder wollen unterwerfen sich das jüdische von dem arischen Schach? Wollen etwa gar die Herren vom Märkischen Schachbund mit den jüdischen Schachmeisteren Raster, Rubinfeld, Tarrasch und Wlles kämpfen und diesen zeigen, daß ihr arischer Geist doch überlegen ist? Oder wollen sie umsehr mit dem Schachspielen mit Juden vermeiden, daß Angst, daß der jüdische Gegner etwa besser Schach spielen könnte? Wird übrigens auch in den deutschnationalen Schachclubs der Rönia matt gelegt?

Telephonische Herzdiagnose. Der im Londoner Nationalhospital für Herzkrankheiten in Gebrauch befindliche Auskultationsapparat hat in letzter Zeit eine neue Vervollkommnung erfahren. Er ist jetzt imstande, den Herzschlag des Patienten durch das Telephon einem rund 2 Kilometer entfernten Arzt zu übermitteln. Ein den Zustand des Herzens verzeichnendes Diagramm wurde kürzlich durch gewöhnliche Telephonröhre vom Bett des Patienten im Addenbrooke-Krankenhaus in Cambridge nach dem 1/4 Kilometer entfernten pathologischen Institut der Universität übertragen. Das Telephon gibt die Herzschläge so scharf und deutlich wieder, daß der abwesende Arzt sich ein genaues Bild von der Position des Herzens und dem Druck des Blutlaufs machen kann. Der neue Apparat, der den Namen „Phono-Cardiograph“ trägt, ist in England hergestellt und benutzt das von Professor Hughes erfundene Mikrophon. Dank dieser Erfindung ist es einem Patienten jetzt ermöglicht, sich von einem Spezialarzt telephonisch untersuchen zu lassen, ohne daß er sein Zimmer zu verlassen braucht.

Wer sind die Wilden? Große Vögelgruppen spielten sich in verschiedenen römischen Theatern ab, weil die Besucher der Gallerie enttäuscht waren über die außerordentlich geringe Bekleidung, in der sich verkleidete Damen in den Logen zeigten. „Wilden“ schrieb der Begleiter einer solchen Dame mit gebolter Faust nach der Gallerie empor, und erhielt die Antwort: „Sie haben unrecht. Wilde sind doch Leute, die nackt gehen!“

Spielveränderung. Die für heute angelegte Dreierreihe des „Sämedischen Saaltes“ im Großen Schauspielhaus ist auf morgen (Donnerstag) verschoben. Die Billette behalten für morgen Gültigkeit.

Kino-Holzabend. Kino von Strang-Höring legt am Freitag, den 3. abends 7/8 Uhr im Theateraal aus Kino Holz-Phantasia.

Neuer „Gemeinschaftsleben und Gemeinschaftskunde“ bringt heute abend 8 Uhr Dr. Siegfried Ramerau im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Postdamer Str. 120).

### Meine Jungen.

Von Rudolf Jweh.

Ihr wollt die Jugend aufgeben? Bloß noch mit der Knute des Prügelpaukers von Dazumal sei sie zu händigen? Ist so gar nicht wahr, daß sie innerlich faul und zerfallen sei. Gewiß, die häusliche Ordnung ist vielfach aus dem Gefüge gegangen, als der Vater fern war. Verwiltet, fleck, genußlos, verlottert — so erscheinen sie, so geben sie sich — und: Und doch ganz anders! Habt ihr's noch nicht empfunden, welch ein Durst nach Schönheit, nach Frieden, nach dem Glanze eines anderen Himmels, nach Tiefe und Innerlichkeit sie beherstet — und was für ein Drang nach Betätigung, nach Arbeit — jawohl, nach Arbeit! Nur in anderen Formen als bisher.

Das Leben drängt mit tausend neuen Erscheinungen auf sie ein. Ne — so scheint's — hat die Menschheit so schnell gelbt, ging alle Entwicklung so reichend hin wie heute. Und da sollten nicht neue Interessen aufklimmen? Müht sie bloß nicht totschlagen mit der Lehrplankeule! Sollen wir Lehrer denn ewig Elanen des Stoffplans sein? Soll der Artikel 148 der Reichsverfassung eine Drohscheibe bleiben? Wir sollen die zahllos aufsteigenden Fragen unserer Jungen nicht in besonderen Gesamtunterrichtsstunden befriedigen dürfen? Ich erhielt in einer Quarta in zehn Tagen zweihundert- unddreißigstägige Fragen: nach Fremdwörtern, nach technischen, naturwissenschaftlichen, erdunkundlichen Dingen, nach Begriffen der Wirtschaft und der Politik. Und da soll ich mit einer erhabenen Geste: „Das versteht ihr noch nicht!“ darüber wegsehen? Warum seßelt man uns die Krone, wenn wir arbeiten wollen — im Sinne unseres Dienstes, des Eides auf die Verfassung?

Nun, nicht verzagt! Fröhliche Augen stimmen mich rasch auch selbst wieder froh. Kunst! Jungen, wie sehen eure Wände hier aus! Kahl wie die Vorhalle einer Badeanstalt. Bilder schaffen! Die Stadt hat eine schöne Auswahl. Wir bauen uns Wechselrahmen, der Vater Tischler spendiert den Leim; gleich steht es anders, wohlfühliger aus! Doch der Drang erwacht, zu leben, wie so ein Marmorquell erst. Schon öffnet sich uns eine Bildhauerwerkstatt. Ein Maler folgt. Eine Druckerei. Und immer neue Arbeitsaufgaben reihen sich an: sie wollen arbeiten, nur anders als bisher, selbständiger, in engerer Fühlung mit Welt und Gegenwart.

Eine neue Landkarte von Europa schaffen wir uns in Gedanken. Nichts ist furchtbarer, als zu sehen, wie leicht Staaten entstehen, Grenzen fließen; wir erleben einen Umbau der Welt! Wer von uns, der nach 70 die Schule besuchte, kann das sagen! Ein Film rollt heute ab, Jungen; vor euren lebenden Augen wirken die Wirtschaftsmächte gegeneinander, sucht der westliche Kapitalismus Absatzmärkte, formen sich Volkstaaten — ein wildes Gewirr von nationalen, sozialen, ökonomischen Gegensätzen, und doch auch da Wehse drin; und hier wachen gerade die stumpferen Geister, die oft schon verlorengegebenen auf, die ausgesprochenen Lausbuben tun eifrig mit — wenn nicht alles nur Lärm ist!

Denn das System, der Plan, die bürokratische Ordnung nimmt einem die Jungen nach einem halben Jahre oder erschwert alle

## Konferenz von Genua am 8. März.

Teilnahme aller europäischen Staaten.

London, 1. Februar. (W.Z.) Reuter erzählt zu den verschiedenen Gerüchten über die Konferenz in Genua, daß sowohl die britischen und italienischen Kreise unerschrocken seien, eine Verschiebung nicht erwogen werde. Man erwarte zuversichtlich, daß die Konferenz, wie ursprünglich vereinbart, am 8. März beginnen werde. Die Konferenz werde aller Wahrscheinlichkeit nach zwei oder drei Wochen dauern. Man schätze, daß die Zahl der Teilnehmer etwa 2000 betragen wird einschließlich der Delegationen und ihrer Stäbe. 35 Länder sind offiziell eingeladen worden, Missionen zu entsenden, nämlich alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Türkei; außerdem die Vereinigten Staaten, Japan und die britischen Dominions. Von diesen Ländern haben alle endgültig angenommen mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, deren Antwort erwartet werde.

„Daily Chronicle“ berichtet, daß die Antwort der Vereinigten Staaten bestimmt ablehnend lauten werde. Es hänge jedoch sehr viel davon ab, in welcher Form die Weigerung erfolgen werde. Wenn, wie wahrscheinlich sei, das Staatsdepartement in seine Antwort eine Darlegung seiner Haltung gegenüber den allgemeinen Problemen des europäischen Wiederaufbaues einschleife, so könne das eine ebenso tiefe wie nützliche Wirkung haben. Frankreich bilde die Schwierigkeit, Paris verheimliche nicht seine Abneigung gegen die Konferenz in Genua. Bei der Erörterung der Wege sei bisher kein Fortschritt gemacht worden. Die Franzosen seien allein auf den Fall mit England aus und begäben die Aufsicht, in allen anderen Fragen könnten sie es sich leisten, unnachgiebig zu sein, da ihre Stellung unerschütterlich stark sei.

## Für ein Saarparlament.

Saarbrücken, 1. Februar. (W.Z.) Die Stadtverordnetenversammlung nahm gestern folgende Entschließung an:

Die Stadtverordnetenversammlung Saarbrücken hat durch die Tagespresse Kenntnis von dem Bericht genommen, den die Regierungskommission als Erwiderung auf die Denkschrift der politischen Parteien an den Völkerbundrat gefaßt hat. Sie weiß sehr wohl die darin enthaltenen Abschwächungs- und Widerlegungsversuche auf ihren wirklichen Wert und Zweck zurückzuführen und hat keine Ursache, zu den in der Denkschrift der politischen Parteien enthaltenen Wünschen und Beschwerden etwas zu bemerken. Die Wiederernennung von vier ausländischen Mitgliedern der Regierungskommission gibt der Stadtverordnetenversammlung keinen Anlaß, anzunehmen, daß der Ruf der Saarbevölkerung beim Völkerbund ungehört verhallt sei. Die Erklärung der Regierungskommission in ihrem 10. periodischen Bericht, wonach sie bereit ist, die Bevölkerung von nun an stärker zur Arbeit heranzuziehen, legt der Stadtverordnetenversammlung nahe, noch einmal die Regierungskommission auf ihre wiederholte Bereitwilligkeit zu wirklicher Mitarbeit aufmerksam zu machen. Die Stadtverordnetenversammlung benutzte diese Gelegenheit, in Uebereinstimmung mit der Bevölkerung zu erklären, daß die Befragung acht verschiedener Vertretungen nicht die geeignete Grundlage für die Mitarbeit der Bevölkerung bildet. Die einzige Möglichkeit einer tatsächlichen Mitwirkung erblickt sie in der Schaffung einer zusammengefaßten einheitlichen Vertretung. Eine solche Vertretung könnte jedoch nur von dem Vertrauen der Bevölkerung getragen sein, wenn sie vom Volk selbst nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gewählt ist. Dieser von den politischen Parteien wiederholt und jetzt wieder gestellten Forderung schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und erwartet von der Regierungskommission, daß sie die Mitarbeit der Bevölkerung auf diesem einzig möglichen Wege herbeiführt.

## Deutschland und das französische Budget.

Paris, 1. Februar. (E.P.) Der Senat hat am Dienstag die von der Kammer bereits angenommenen provisorischen Kredite für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete genehmigt. Die Kammer beschäftigte sich mit dem Budget der wiederaufzubringenden Ausgaben für das Jahr 1922. Diese Ausgaben, die von Deutschland wieder zurückerstattet werden müssen, belaufen sich für 1922 auf 13 841 Millionen Frank. Der Abg. Aubry kritisierte die Vereinigung der Kriegs- und Pensionsministerien. Er mochte auf die Mißstände in der Gewährung der Pensionen aufmerksam. Der Abg. Desaf erklärte, daß bis jetzt 2 400 000 Pensionsgesuche erledigt worden seien. Für dieses Jahr seien an Pensionen 3776 Millionen Frank vorgesehen. Das Kapitel der Pensionen wurde angenommen.

## Häusliche Szene in der KPD.

In der „Freiheit“ lesen wir eine ergötzliche Schilderung, wie am Montag nachmittag der Leiter des kommunistischen Verlages H. Seehof u. Co., namens Laub, von der kommunistischen Zentrale aus seinem Lokal herausgeführt wurde:

Zwischen 4 und 5 Uhr erschienen im Geschäftslokale von Seehof u. Co. als Beauftragte der kommunistischen Zentrale Hermann Kemmle, Fritz Schmidt, Will Leow, Franz Kollin, etwas später noch Wilhelm Bied, und forderten Laub wiederholt auf, das Lokal zu verlassen. Dieser weigerte sich dessen und verlangte von den Eindringlingen, daß sie wieder gehen sollten, da er der Geschäftsinhaber sei. Kemmle erklärte, daß er hier zu verbleiben habe, und schließlich rief Fritz Schmidt aus: „Wir müssen zur Selbsthilfe schreiten!“ Es kam zu weiteren mündlichen Auseinandersetzungen, bis Leow ausrief: „Kaus mit dem Hundel!“ Gleichzeitig griff er Laub an die Kehle und schüttelte ihn heftig hin und her. Dann kam noch Kollin hinzu, beide schlugen auf Laub so lange ein, bis er zu Boden stürzte. Hieraus schleppten sie ihn gewaltsam zur Badentür. Laub mußte schließlich der Gewalt weichen. Nun kamen drei Mann der Sicherheitspolizei dazu, die aber den Streit nicht entscheiden, sondern lediglich weitere Gewalttätigkeiten verhindern wollten. Bied und Schmidt besaßen sich noch, das Wohlwollen der Beamten durch antirealistische Versicherungen zu erwerben. Die Eindringlinge ließen einen Schlosser kommen, der die Badentür sperrete.

Diese Art der Auseinandersetzung ist man ja bei den Kommunisten gewohnt. Bewundernd ist nur, daß es immer noch Arbeiter gibt, die von diesen Methoden nicht angeekelt sind.

Sowjettrouhen in Rußland. Die russische Handelsdelegation in London hat aus Moskau ein vom 26. Januar datiertes Telegramm erhalten, das besagt, das Ergebnis der dreitägigen Wahlen für die russischen Sowjets sei: 496 Kommunisten, 46 Parteilose und ein Menschewist.

Genosse Ramsay MacDonald, Sekretär der Internationale, reißt dieser Tage nach Ägypten, wo die antibrillische Bewegung zu wachsen scheint, und Palästina, wo ihm die jüdischen Sozialisten ihre Arbeit und Aufgaben vorführen wollen.

## Die neuen Verkehrstarife.

Die Hochbahn heute am teuersten.

Der erste Februar hat im Groß-Berliner Verkehrswesen die eigenartige Tatsache gezeitigt, daß die allgemeine Tarifierhöhung, die er bringen sollte, auf den Tag nicht einheitlich durchgeführt werden konnte. Während im allgemeinen die Straßenbahn mit der Einführung ihrer Tarifierhöhungen an der Spitze marschiert, hat sie sich diesmal von der Hoch- und Untergrundbahn überholen lassen. Pünktlich mit dem 1. Februar hat dieses Unternehmen die Preise für Fahrkarten der III. Klasse bis zur 5. Station auf 1,70 M., darüber hinaus auf 2 M., und für die II. Klasse bis zur 5. Station auf 2 M. und darüber hinaus auf 2,50 M. erhöht. Um aber den ob dieser Erhöhung überraschten Fahrgästen ein Entgegenkommen zu beweisen, sollen die schon vorher einzeln oder auf Wochs gelösten Fahrkarten bis Donnerstag, den 2. Februar, mittags 12 Uhr, ohne Aufschlag ihre Gültigkeit behalten.

Auf die Erhöhung der Fahrpreise für Stadt- und Ringbahn auf 2 M. für die III. und 3 M. für die II. Klasse war man schon seit längerer Zeit vorbereitet. Dennoch aber wird es den meisten schwer ankommen sein, ihre Vorort- und Monatskarten mit nahezu dem Doppelten des bisher geltenden Betrages zu bezahlen. Infolgedessen macht sich auf den Vorortstrecken eine erhebliche Umwanderung von der zweiten in die dritte Klasse bemerkbar.

Selbstverständlich ist auch eine Erhöhung der Fahrpreise auf der Straßenbahn und den Autoomnibussen geplant, die bei den letzteren vermutlich schon in den nächsten Tagen Platz greifen wird. Jedoch plant die Direktion der Omnibusgesellschaft zur Stunde nur eine Erhöhung der Preise auf den Teilstrecken von 1,50 auf 2 M. Der Fahrpreis von 3 M. für die ganze Strecke, ebenso die Fahrpreise auf

## Allgem. Funktionärversammlung SPD.

Freitag, den 3. Februar, abends 7 Uhr, in den Zentraltheater-Festsälen, Alte Jakobstr. 32.

Tagesordnung:

„Auswärtige Politik und Steuerkompromiß“

Referent: Eduard Bernstein.

Zutritt haben nur Funktionäre mit Ausweis vom Jahre 1922.

Der Bezirksvorstand.

der Linie E Zeughaus-Halensee (Teilstrecke 3 M., ganze Strecke 4 M.) sollen nicht erhöht werden. Hingegen werden bei den Nacht-Pferdeomnibuslinien die Fahrpreise von 2,50 auf 3 M., von 3 auf 4 M. und von 4 auf 5 M. erhöht werden.

Ueber die Tarifierhöhungen auf der Straßenbahn wird vermutlich in der morgen stattfindenden Stadtverordnetenversammlung entschieden werden.

## Kohlenmangel in den Haushaltungen.

Über gefüllte Keller bei den Geldschweren.

Die schädliche Kälte hat genügt, um in die Kohlenvorräte der Haushaltungen ein gewaltiges Loch zu reißen und alle amtlichen Berechnungen über das einzelne Wohnungsinhaber zustehende notwendige Mindestmaß an Hausbrandstoffe über den Haufen zu werfen. In vielen Haushaltungen ist man nur noch für höchstens acht Tage versorgt. Die neue Lieferung von wenigen Zentnern ist aber vor Anfang März kaum zu erwarten, zumal Kälte oder Schneeeis auch regelmäßig Beförderungschwierigkeiten mit sich bringen. Obendrein ist für die gegenwärtige Heizperiode in Groß-Berlin erst wenig mehr als die Hälfte des Zustehenden freigegeben und angeliefert. So erhielten die Inhaber von Zweizimmerwohnungen von 30 Zentnern erst 16 1/2 Zentner vor Jahresfrist aber zur gleichen Zeit und im milden Winter schon 21 Zentner. An die allgemein gewünschte Zuweisung eines besonderen Kohlenquantums über die Kohlenarten hinaus für sämtliche Bezugsberechtigten ist schwerlich zu denken. Dagegen sollte bei Anträgen auf Zusatzkarten für Wohnungen, die durch ihre Lage ausnahmsweise stark der Kälte ausgesetzt sind, möglichst weitgehende Berücksichtigung stattfinden. Daß es geldschweren Leuten noch immer gelingt, sich den Keller mit geschobenen Britetts vollzustopfen, ist ein offenes Geheimnis.

## Der neue Stadtbahn-Wagentyp.

Bekanntlich macht die Umstellung der Stadtbahn, der Ring- und Vorortbahnen auf den elektrischen Betrieb eine Neubehelfung von Wagen erforderlich, da die Eisenbahnverwaltung von dem ursprünglichen Plan, Triebgestelle, eine Art elektrischer Lokomotiven, die vom Zuge aus gesteuert werden, unter Verwendung der bisherigen Stadtbahnwagen, aufgegeben hat und sich für die Verwendung von Gleichstromtriebwagen entschieden hat. Nunmehr sind die Pläne des Eisenbahn-Zentralamtes fertiggestellt und vier Entwürfe zur Ausführung von Probefahrten bei einer Privatfirma in Auftrag gegeben worden. Sämtliche Entwürfe sehen eine Unterabteilung in Trieb- und Beiwagen vor, von denen die Triebwagen als Drehgestellwagen von je 19,3 Meter Länge ausgebildet sind, während die Beiwagen nur je 9,6 Meter Länge erhalten werden. Statt der bisher verwendeten Drehbür der Eisenbahnpersonenwagen, werden die bei Schnellbahnen im allgemeinen eingeführten Schiebertüren verwandt, und zwar unterscheiden sich die einzelnen Wagentypen hinsichtlich der Anordnung der Türen insofern von einander, als ihre Zahl und ihre Breite verschieden ist. Entsprechend den Abteilungen ist auch die Zahl der Abteile im Wagen verschieden und damit die Zahl der Sitzplätze, die zwischen 40 und 70 schwankt. Jeder Entwurf weist neben den Sitzplätzen noch eine größere Zahl von Stehplätzen auf, die je größer die Zahl der vorgesehenen Sitzplätze, kleiner und je kleiner die Zahl der Sitzplätze, um so größer ist. Allen Entwürfen gemeinsam ist ein Mitteltrog, der die halbhoch gedachten Abteile (die Trennung durch Zwischenwände fällt fort) mit einander verbindet. Sie haben weiterhin ein geräumiges Führer- und Zugbegleiterabteil, in dem die technischen Apparate, Kontrollen, Schaltanlagen für Licht und Heizung, Strommesser, Sicherungen usw. untergebracht werden sollen. Dieses Führerabteil ist in der sich an der Stirnwand etwas vorkragenden Spitze untergebracht.

## Ein Pfarrer als „Doppelwohner“.

Zu unserer in Nr. 3 gedachten Mitteilung über den in Charlottenburg an der Epphaniaskirche amtierenden Pfarrer Mann, der dort im Hause Ruhbaumallee 16a früher eine große Wohnung hatte und in der wärmeren Jahreszeit sein eigenes Landhaus in Rehbrücke bei Potsdam als Wohnung benutzte, haben wir zwei Erwiderungen erhalten.

Die eine, die vom Wohnungsamt des Verwaltungsbezirks Charlottenburg kam, bestätigte alles Wesentliche. „Berichtigt“ wurde lediglich die völlig nebenfällige Angabe, daß Pfarrer Manns Wohnung in Charlottenburg acht Zimmer umfaßt habe; sie bestand aus sechs Zimmern. Diese Zahl spielt in unserer Darstellung gar keine Rolle, und für die Affäre Mann ist es gänzlich gleichgültig, ob die Wohnung aus acht oder aus sechs Zimmern bestand. Das Wohnungsamt Charlottenburg war übrigens in unserem Artikel nicht mit einer Silbe erwähnt worden.

Die Zuschrift bestätigt, daß Pfarrer Mann in Rehbrücke ein Landhaus hat und es für sich und seine Familie als dauernde Wohnung benutzt. Neu erfahren wir aus der Zuschrift, daß der Pfarrer ursprünglich die Wohnung in Charlottenburg dem antragenden Wohnungsamt als seine Hauptwohnung benannte, daß er aber hinterher, als ihm der Verlust seiner Wohnung in Rehbrücke drohte, diese zu seiner Hauptwohnung erwählte, so daß sie ihm erhalten blieb. Wir müssen die Verantwortung für diese Feststellung, die für Pfarrer Mann nicht günstiger, sondern noch ungünstiger ist, dem Wohnungsamt und der Pressestelle überlassen. Bestätigt wird in der Zuschrift schließlich auch die von uns ausgesprochene Vermutung, daß Pfarrer Mann die ihm in Charlottenburg nach Hergebrachte der hiesigen Wohnung immer noch verbliebene andere Wohnungshälfte als „Bureau“ benutzte.

Ueber das, was sich in Rehbrücke abgepielt hat, über die von uns geschilderte Ermittlung einer in dem Landhaus bis dahin zwangseinquartierten Familie, die der einziehenden Pfarrersfamilie weichen mußte, kann das Wohnungsamt natürlich nichts sagen. Das besorgt der „Evangelische Prebterband“, der eine ihm von Pfarrer Mann übersandte Zuschrift uns mittelst und um Veröffentlichung bittet. Auch von dieser Erwiderung, die nichts widerlegt, müssen wir sagen, daß dem Pfarrer mehr gebüht worden wäre, wenn sie unterblieben wäre. „Doppelwohner“ ist er nicht mehr, weil er die in Charlottenburg behaltene Wohnungshälfte als „Bureau“ benutzte. Doch er „Doppelwohner“ war, bestreitet er nicht. Die Räume in Rehbrücke braucht er jetzt alle; dafür beruft er sich auf die Anerkennung durch sämtliche Wohnungsinstanzen. Dem Wohnungsamt Rehbrücke wirft er vor, daß es der jetzt ermittelten Witwe nicht vorher beizuteilen eine andere Wohnung beschafft habe; auch habe die Witwe selber sich nicht um eine geeignete Wohnung bemüht. Man habe alles darauf angelegt, ihn — dem Pfarrer Mann — „zur Räumungszwang zu zwingen“. „Da schließlich“, sagt er „kein anderer Ausweg blieb, mußte, völlig gegen meinen Wunsch, die Zwangsversteigerung erfolgen.“ Also gegen den Wunsch des jetzt sämtliche Räume seines Hauses beanspruchenden Besitzers erfolgte die Ermittlung der Bewohnerin einiger Räume, sagt Pfarrer Mann. Die Möbel habe sie selber, fügt er hinzu, auf die Straße stellen lassen, statt die ihr nun vom Wohnungsamt beschafften Räume schon am Mittag zu beziehen.

„Daß die Familie“, schließt Pfarrer Mann, „bei mir um den lächerlich billigen Preis von 20 M. monatlich gewohnt hat, daß ich auf Reparaturkostenzuschlag verzichtete und mir in der Sache ein großer finanzieller Schaden erwuchs, sei zum Schluß noch ausdrücklich bemerkt.“ Wir überlassen diese „ausdrückliche Schlussbemerkung“ des Pfarrers dem Urteil unserer Leser. Sie werden sie zu würdigen wissen.

## Neudruck von Germaniamarken.

Die Briefmarke zu 1/4 M. ist jetzt die meistbegehrteste. Man braucht sie vor allem zu Postkarten im Fernverkehr und zu Briefen im Ortsverkehr. An zweiter Stelle steht die zu 75 Pf. für Postkarten im Ortsverkehr. Um den Bedarf an den beiden Marken zu decken, stellt die Reichsdruckerei jetzt die beiden Marken in Bogenform bis zur Herstellung dieser Werte in den neuen Mustern noch mit dem Germaniobild auf dem neuen Wasserzeichenpapier mit dem Waffelmuster her. Aber auch diese Marken werden erst etwa in drei Wochen an die Postanstalten verschickt werden. Bei einem Mangel an den beiden Marken müssen also bis dahin die Postgebühren durch mehrere andere Werte verrechnet werden. Vor allem sollen dabei die beträchtlichen Vorräte der älteren Ausgaben verwendet werden.

Brand im Dorotheenstädtischen Realgymnasium. Heute (Mittwoch) früh gegen 5 1/2 Uhr mußte die Feuerwehr nach dem Dorotheenstädtischen Realgymnasium, Dorotheenstr. 12, Ecke Prinz-Regent-Strasse, ausrücken, wo der Dachtstuhl in Brand geraten war und in hellen Flammen stand. Der Wehr glückte es, den Brand einzudämmen, und dann schnell zu löschen, so daß der Schulunterricht keine Unterbrechung erleidet.

Tast völlig nach ausgegriffen wurde in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr in der Schloßstraße zu Steglitz ein Mann, dessen Persönlichkeit noch festgestellt werden muß. Es handelt sich augenscheinlich um einen Geisteskranken, der sich bis auf Hemd und Socken seiner Kleidung entledigt hatte und dann planlos umherirrte. Der Mann gibt an, daß er Karl Schröder heiße und Sergeant beim Pionier-Bataillon 8 in Koblenz gewesen sei. Er wurde vorläufig auf der Ratwache zu Steglitz untergebracht.

Neue Leichentransportautomobile hat der Volks-Feuerbestattungsberein Groß-Berlin V. B. u. G., der annähernd 100 000 Mitglieder zählt, für die Ueberführung seiner verstorbenen Mitglieder nach den Krematorien in Betrieb genommen. Der zur Aufnahme der Särge bestimmte Raum ist an beiden Längsseiten von Spiegelscheiben, in denen das Vereinswappen eingedrückt ist, umschlossen, die einen freien Einblick in das Innere des Wagens gestatten. Für die Sargbegleiter ist hinter dem Führersitz ein besonderes Rupee eingebaut. Chauffeur und Begleiter tragen entsprechende Dienstkleidung.

Jugendweiche in Teltow. Um, wie im Vorjahr, so auch in diesem Jahre den aus der Schule zur Entlassung kommenden Kindern eine im profetarischen Sinne würdige Fester veranstalten zu können, erlucht die Gewerkschaftskommission Teltow die Eltern um Meldung ihrer für die Jugendweiche in Frage kommenden Kinder an den Kollegen Goppuch, Teltow, Lindenstr. 28.

SPD-Elternbeiräte Groß-Berlins! Sprechstunde Freitag, abends 6—7 Uhr, im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, II. Hof, links 2 Treppen. — Der Kurzus für Elternbeiräte findet nicht in der Aula, sondern Zimmer 33, 3 Treppen, statt. Eingang Weinmeisterstr. 16/17.

„Meine Ergebnisse als Rotgardist in Sowjetrußland“ in das Thema, über das Gen. Rothmann im Arbeiter-Abendkurs-Bund am Freitag, abends 7 Uhr, in der Schule Riederwallstraße 12 sprechen wird. Genosse Rothmann hat längere Zeit in der Roten Armee gegen Kollisch und andere Weichgardisten gekämpft.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Bismlich trübe und neblig, mit geringen Niederschlägen und Schwüben, veränderlichen, vorherrschend westlichen Winden. Temperaturen nahe dem Null.

Was kostet eine Insel? Verkauf von Inseln sind immerhin eine seltene Sache, es ist deshalb auch schwer, ihren Preis zu bestimmen, zumal dieser stark von der Lage des Landes im Weltverkehr abhängt. Die amerikanische Bundesregierung hat jetzt die Insel North-Island, eine kleine nördlich von San Diego gelegene Insel, endgültig erworben, um sie als Zentrum des Seeflugwesens auszugestalten. Ihr bisheriger Eigentümer war der amerikanische Kapitalist John D. Spreckels; der Kaufpreis betrug 6 Millionen Dollar oder nach heutigem Wert 1,2 Milliarden Papiermark.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis. Donnerstag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisparlamentarische Sitzung des Kreises, Wilhelmstraße 1.

7. Kreis Charlottenburg. Die erweiterte Vorhandlung findet nicht heute Mittwoch abend, sondern morgen Donnerstag abend um 7 1/2 Uhr im Zimmer des Rathauses statt.

10. Abt. Neukölln. Die nächste allgemeine Funktionärversammlung findet Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr bei Reuter, Kaiser-Friedrich-Strasse 149, Ecke Reuter-Strasse, statt. Erscheinen aller Funktionärinnen und Funktionäre wird erwartet.

107. Abt. Alt-Lichtenberg. Versammlung am Donnerstag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr bei Rillingenberg, Grünauer Strasse 27.

Juniosozialistische Gruppe Wrig. Donnerstag, den 2. Februar, abends 7 Uhr im Jugendheim, Chaussee Straße 48. Vortrag: Die russische Revolution. Ref. Guts. Bitte willkommen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Lohnkampf in der Metallindustrie.

### Eine Versammlung der Angestellten-Funktionäre.

In einer überfüllten Versammlung der Funktionäre des Afabundes in der Metallindustrie, die am Dienstagabend tagte, berichtete Günther vom Untab über die stattgehabten Tarifverhandlungen. Die mit den Unternehmern geführten Verhandlungen über ein Abkommen für Januar haben zu einer Verständigung nicht geführt. In der letzten Verhandlung wiesen sie auf den vom Arbeitsministerium gefällten Schiedsspruch hin, der die von der Arbeiterchaft in der Metallindustrie für Januar geforderte Lohnausbesserung ablehnt. Wir haben nun, um alle Möglichkeiten zu erschöpfen, das Reichsarbeitsministerium auch angerufen und die Entscheidung dürfte schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Dem Bericht folgte eine erschöpfende Aussprache. Die Haltung der Unternehmervertretung wurde einer scharf verurteilenden Kritik unterzogen. Fröh Schmidt forderte die Funktionäre auf, mit Entschiedenheit für die Beseitigung der Überstundenarbeit einzutreten, um die hieraus entstehende Schädigung der Angestelltenchaft zu verhindern. Wir dürfen nicht daran denken, auf die Lohnerhöhung für Januar zu verzichten. Folgende Entschliessung fand die einstimmige Zustimmung der Versammlung:

„Die Afafunktionäre beharren auf dem Standpunkt, daß unter allen Umständen die für den Monat Januar aufgestellten Forderungen als Verhandlungsbasis zu gelten haben. Sie verpflichten die Organisation, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln hierfür einzutreten.“

### Betriebsräteschule.

Die von den Verbänden zur Vertiefung übernommenen Hörsarten zur Betriebsräteschule sind bereits zum größten Teil abgerechnet. Der Verkauf der Hörerarten (zum Preis von 10 M. für Arbeitslose unentgeltlich) findet nunmehr Montags und Freitags bis 7 Uhr, Dienstags, Mittwochs und Donnerstags bis 4 Uhr nachmittags und Sonnabends bis 1 Uhr im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsräteschule, Engelauer 24/25, 2. Hof 1, statt. Da der Unterrichtsabschnitt bereits am 13. Februar beginnt, ist es notwendig, daß Sammelbestellungen aus den Betrieben dem Bureau umgehend überwiesen werden. Unterrichtsverzeichnis und Plakate sind in gewünschter Anzahl dort erhältlich. Die Kurse finden im Zentrum, Nordwesten, Norden, Südosten und Osten Berlins statt und beginnen um 6 und 8 Uhr. Für Materieteilung in Fragen der Kursauswahl finden Lehrberatungs-sprechstunden Montags und Freitags von 4-7 Uhr statt. Die im Lehrplan vorgesehenen 55 Kurse geben allen freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen, insbesondere den Betriebsräten, die Möglichkeit, sich Kenntnisse der Volkswirtschaft, der Betriebswirtschaft, des Arbeitsrechts, der Statistik, des Steuerrechts und der Sozial- und Gewerbehygiene anzueignen.

**Am den Mantelarbeitern.** Am 27. Januar beschloß sich eine Vollversammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Elektrizitätswerke Groß-Berlins mit dem Abschluß des Manteltarifs. Nach Entgegennahme des Verhandlungsberichts und der darauf folgenden Diskussion wurde einstimmig das Vorgehen des Magistrats verworfen und vom Lohnartikel verlangt, für das bisherige Recht einzutreten. Die Belegschaften der einzelnen Werke und Abteilungen sind einmütlich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den bestehenden Manteltarifvertrag zu verteidigen.

Die Casino-Schiffspleie, Yorkstr. 5, wurden in der letzten Woche wegen Lohnunterschieden des Vorführers von der „Deutschen Filmgesellschaft“ gesperrt. Jetzt beschloß die Schupo dieses Theater. — Das Vorgehen des Kinobesizers, der die Schupo gegen die Streikposten aufhebt und mit Verhaftung droht, verdient nicht die Unterstützung der Arbeiterschaft.

**Angestellte des Lebensmittel-Einzelhandels.** In Nr. 5 „Die deutsche Feinstoff“ wird laut Bericht von Herrn Siegert an den Reichsverband der deutschen Feinstoffkaufleute der Antrag gestellt, bei der Regierung die Aufhebung des § 63 HGB. (Zahlung des Gehalts bei Erwerbsunfähigkeit) zu verlangen. Angestellte! Wehrt Euch gegen dieses reaktionäre Treiben. Nehmt die Nachuntersuchung durch einen Vertrauensarzt der Firma ab, nur ein Kreisarzt ist berechtigt, eine Nachuntersuchung vorzunehmen. Nehmt eine Unterzeichnung von Enagementsabschlüssen ohne Zustimmung Eurer Organisation ab. Wehrt Euch gegen jede Verschlechterung der gesetzlichen Bestimmungen. Besucht die öffentliche Versammlung am Donnerstag, 8 Uhr, in den Sophienkassen, Sophienstr. 17/18.

**Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern** werden in Rufstand nach einem Beschluß des Rates der Volkskommissare dem Volkskommissariat für Arbeit übertragen, soweit diese Konflikte durch die paritätischen Kommissionen in den einzelnen Betrieben nicht geregelt werden können. Beim Volkskommissariat für Arbeit werden Sonderausschüsse zur Entscheidung von Konflikten geschaffen, bestehend aus je einem Vertreter der Kommissariate für Arbeit und für Justiz, sowie der Gewerkschaften. Für Ungehorsam gegen die Entscheidungen der Kommissionen werden die Unternehmer mit Geldstrafen bis zu 300 Goldrubeln oder mit Internierung in den Konzentrationslagern bis zu sechs Monaten bestraft.

**Gewerkschafts-Bibliothekare.** Nächste Vollversammlung Sonnabend 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Auch die Mitglieder der Bibliothekskommission sind eingeladen. — Gewerkschaftskommission.

**17. Verwaltungsbüro (Wittenberg).** Für arbeitslose Gewerkschaftsmittglieder Donnerstag 10 Uhr Arbeitslosenversammlung bei Schoneck (Hummelburger Str.).

**Reichsverband der Angestellten.** Donnerstag, Kolonialwaren- und Postfachhandel: Öffentliche Versammlung 8 Uhr in den Sophienkassen, Sophienstr. 17/18. — Bekleidungs- und Textilhandelsvereinigungen: 7 1/2 Uhr im Reichsbureau, Kommandantenstr. 6/6a. — Schokoladenhandelsvereinigungen: Öffentliche Versammlung 8 Uhr in der Reuen Philharmonie, Köpenicker Str. 66/67. — Holz- und Holzwarenvereinigungen: 7 1/2 Uhr im Reichsbureau, Kommandantenstr. 6/6a. — Baum-, Möbels-, Fein- und Kleiderstoffhandelsvereinigungen: 5 Uhr in der Reuen Philharmonie, Köpenicker Str. 66/67. — Textilhandelsvereinigungen: 7 1/2 Uhr in der Reuen Philharmonie, Köpenicker Str. 66/67.

**Wand der technischen Angestellten und Beamten.** Heute 7 1/2 Uhr Mitglieder-versammlungen. Nordost: Zum Königstor, Neue Königl. 1; Oronienburg: Reichshof, Bernauer Str. 86; Westen: Nationalhof, Wilhelmstr. 87. — Donner-

stag 7 1/2 Uhr Mitglieder-versammlungen. Charlottenburg: T. Anna-Kassn, Kallert-Engeln-Allee 86; Charlottenburg III: Deutsches Haus, Wilmersb. 30; Norden IV: Reht. Hubertus, Bornholmer Str. 89; Nordost I: Reht. Walfre, Turmstr. 74; Steglitz: Althoff, Althoff, Ede Körnerstr. 1; Spandau: Reuer, Katteler, Rathaus; Friedenau: Gehring, Händelstr. 1; — Freitag 7 1/2 Uhr Mitglieder-versammlungen. Osten II: Logenhaus, Koenigsplatz 2; Neukölln: Reht. Wagners, Alexanderstr. 37; Reutchen: Bürgerstr. 147; Oberschönweider: Hubertus, Edison, Ede Walfre; Schöneberg: Oberhof, Oberstr. 88; Tempelhof: Casino-Restaurant, Reutchenstr. 169; Weisensee: Spatenbräu, Berliner Allee 222.

# Wirtschaft

**Die Oesterreichische Länderbank geht nach Paris.** Auf der außerordentlichen Generalversammlung der stark mit französischem Kapital durchsetzten Oesterreichischen Länderbank, die von nun an Zentraleuropäische Länderbank heißen wird, wurde die vorgeschlagene Verlegung des Sitzes der Gesellschaft nach Paris, die Umwandlung des derzeitigen Kapitals von 100 Millionen Kronen in 40 Millionen Frank, die Erhöhung des Aktienkapitals auf 100 Millionen Frank und eine dementsprechende Statutenänderung angenommen.

**Der Umfang des Zwischenhandels.** Nach einer Zusammenstellung einer parlamentarischen Kommission wurden in den Vereinigten Staaten 856.419 Kleinhändler festgesetzt. Auf je 111 Einwohner bzw. auf je 26 Familien entfällt ein Händler. Daneben wurden 27.083 Großhändler festgestellt oder je einer auf 8908 Einwohner oder 899 Familien. Die größte Gruppe ist die der Kolonialwaren- und Delikatessenhändler, von denen einer auf je 78 Familien entfällt. Auf je 86 dieser Händler kommt ein Großhändler. Im Konfektionsgewerbe und verwandten Branchen wurden 85.207 Detailgeschäfte gezählt oder eines auf je 691 Familien neben 2750 Großhandlungen, im Schuhgewerbe 141.867 Klein- und 1800 Großhandlungen, d. h. je eine auf 172 Familien bzw. 101 Händler.

**Die Genossenschaftsbewegung in der Tschechoslowakei.** Ueber die tschechische Genossenschaftsbewegung wird berichtet: Der Zentralverband tschechischer Genossenschaften zählt zurzeit 1322 Genossenschaften als Mitglieder, darunter 535 Konsumvereine, 219 Produktgenossenschaften, 287 Nachtgenossenschaften, 220 Bau- und Wohnungsgenossenschaften, 8 Kreditgenossenschaften, die Großverkaufsgenossenschaft, die Allgemeine Genossenschaftsbank und die Volkversicherungsanstalt „Tschechoslowakia“. Die Mitgliederzahl beträgt 1 Million, der Umsatz 1500 Millionen Kronen, gegen das Vorjahr 250.000 Mitglieder und 500 Millionen Kronen mehr. Die Großverkaufsgenossenschaft beschäftigt 700 Personen. Die Einlagen der Genossenschaftsbank belaufen sich auf 50 Millionen, ihr Umsatz auf 3 Milliarden Kronen. Die Versicherungsanstalt verfügt über 43.000 Versicherungen, die auf 150 Millionen Kronen lauten.

Veranm. für den redakt. Teil: Franz Kitz, Berlin-Wilmersb.; für Anzeigen: E. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

**GOLD-**  
silber-  
Platin-  
Brauch  
kaut  
Gotzkowskyst. 13  
**Pelz-Haus**  
abuco  
Leipziger Str. 58  
Zahlungserleichterung

Der deutsche Weinbrand

# EGON BRAUN AUSLESE

Weinbrennereien Hamburg

ED. BERNSTEIN  
Der  
**Sozialismus**  
einst und jetzt  
loeben erlernen  
PREIS 20 MARK  
Buchhandlung VORWÄRTS  
SW 66, Lindenstraße 2

**ENORM billiger Verkauf!**

# Kleiderstoffe Wäsche Gardinen

Sowelt Vorrat!

Kleiderstoffe und Baumwollwaren		Gardinen, Möbelstoffe usw.	
Gestreifte Biusenstoffe . . . Meter	19 <sup>75</sup>	Gardinen-Tüll 120 cm breit Meter	18 <sup>75</sup>
Fesche Kleiderkaros in vielen Farben . . . Meter	29 <sup>75</sup>	Moderne Schalgardinen	28 <sup>50</sup> 19 <sup>75</sup>
Kammgarn-Serge doppeltbr. Meter	59 <sup>50</sup>	Eleg. Erbstüll-Stores u. Motives	98 <sup>00</sup>
Reinw. Kammg.-Cheviot doppeltbr. Meter	69 <sup>50</sup>	Allovernett 130 cm breit Meter	36 <sup>50</sup>
<b>Reinwollene Damenschuhe</b> in vielen Farben doppeltbr. Meter <b>108<sup>00</sup></b>		Engl. Tüll-Garnituren 3-stufig	158 <sup>00</sup>
Lindener Kleidervelvet finest. Meter	135 <sup>00</sup>	Lein.-Künstler-Garnituren Stück	225 <sup>00</sup>
Covertcoat für Mäntel und Kostüme 140 cm breit . . . Meter	148 <sup>00</sup>	Möbel-Kretonne . . . . . Meter	26 <sup>75</sup>
Renforcé starkfädige Quall. Meter	24 <sup>50</sup>	Möbe-Satinett 100 cm breit Meter	45 <sup>00</sup>
Oberhemden-Zephir . . . Meter	29 <sup>75</sup>	Läuferstoffe reines Waa. extra-breit . . . . . Meter	32 <sup>50</sup>
Hochfeiner Wäschebatist Meter	39 <sup>75</sup>	Tuch-Tischdecken reich bestickt	69 <sup>50</sup>
<b>Dowlas</b> hervorragende Qualität, für solide Bettwäsche, 120 cm breit . . . Meter	59 <sup>50</sup> 60 cm breit, Meter <b>39<sup>50</sup></b>	Kaffee-Tischdecken div. Farbenstellungen	78 <sup>50</sup>

Das moderne Kaufhaus

# LOEBMANN & SINGER

Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 113, Ecke Tempelhofer Straße